ZEW policy brief

// NR.07 | JUNI 2025

// Bettina Chlond (ZEW),
Kathrine von Graevenitz (ZEW)

GEG-Novellierung: Das „Heizungsgesetz“ und die Bundestagswahl 2025

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), umgangssprachlich auch „Heizungsgesetz“ genannt, sorgte in den letzten Jahren für viele Diskussionen in Öffentlichkeit, Medien und Politik. Die meisten Zeitungen berichteten ausgiebig über den Entwurf der GEG-Novellierung, wobei er überwiegend negativ bewertet wurde. Während die Zufriedenheit mit dem Spitzenpersonal aller Koalitionspartner insgesamt zurückging, sanken die Beliebtheitswerte des damaligen Wirtschaftsministers Robert Habeck (Grüne) am stärksten. Diese Entwicklungen ließen viele Analyst/innen in Medien und Wissenschaft zu dem Schluss kommen, dass die negative Berichterstattung hauptsächlich den Grünen geschadet hat. In dieser Kurzanalyse testen wir die Hypothese, ob insbesondere die Grünen aufgrund der GEG-Novellierung Wählerstimmen verloren haben. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass sowohl Grüne als auch SPD in westdeutschen Gemeinden mit höherem Anteil an fossilen Heizungen höhere Stimmenverluste hatten. Die Grünen verloren jedoch etwas weniger stark als die SPD. In ostdeutschen Gemeinden änderten sich die Stimmanteile der Parteien der Mitte nicht signifikant. Die Parteien an den Rändern des politischen Spektrums profitierten (AfD im „Osten“, Linke im „Westen“). Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen dem Anteil an fossilen Heizungen und Stimmenverlusten eher schwach und kann den Verlust der Grünen bei den Wahlen nicht erklären.

ZENTRALE ERGEBNISSE

- In Westdeutschland verloren SPD und Grüne in Gemeinden mit höherem Anteil an fossilen Heizungen mehr Stimmen, in Ostdeutschland gab es keine Änderungen bei den Parteien der Mitte.
- Am meisten profitierten mit der AfD im „Osten“ und den Linken im „Westen“ die Parteien an den Rändern.
- Die Effekte sind jedoch moderat relativ zu den absoluten Stimmänderungen aller Parteien.

WAR DAS GEBÄUDEENERGIEGESETZ WAHLENTSCHEIDEND?

„Heizungsgesetz“ löste große Debatte aus

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), umgangssprachlich auch „Heizungsgesetz“ genannt, sorgte in den letzten Jahren für viele Diskussionen unter den Koalitionspartnern der Ampelregierung, in der Öffentlichkeit und in den Medien. Kern der Debatten war die geplante und am 8. September 2023 letztendlich beschlossene Novellierung des Gesetzes, die die anteilige Nutzung erneuerbarer Energien beim Einbau neuer Heizanlagen vorschreibt. Mit dem Leak des Gesetzentwurfes Ende Februar 2023 startete die Bild-Zeitung die Berichterstattung über den „Heizungshammer“. Die meisten deutschen Zeitungen berichteten ausgiebig über den GEG-Entwurf, wobei das Gesetz überwiegend negativ bewertet wurde.

Parteien zum Umgang mit dem GEG

Nach Verabschiedung der Novellierung am 8. September 2023 standen die beschlossenen Regelungen und das Thema Heizen allgemein weiterhin auf der politischen Agenda, bis in den Wahlkampf zur Bundestagswahl im Februar 2025 hinein. Die CDU/CSU versprach in ihrem Wahlprogramm das „Heizungsgesetz der Ampel zurückzunehmen“, die FDP forderte es „vollständig auslaufen“ zu lassen. Die AfD sprach sich für die „Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen“ aus. Auf der anderen Seite positionierten sich die Grünen, die Förderung und Beratung weiter ausbauen wollten. Die Linken forderten in ihrem Programm einen für Mieter/innen „warmmietenneutralen Heizungstausch“ und eine gestaffelte Förderung für Hauseigentümer/innen mit niedrigen bis mittleren Einkommen. Die SPD versprach in ihrem Programm lediglich ein „soziales Wärmepumpen-Leasing“ für ärmere Haushalte; ihre Vertreter/innen sprachen sich für eine Weiterentwicklung des Gesetzes aus.

Annahme: Debatte schadete grüner Partei am meisten

Das GEG und die Novellierung 2023 wurden in der öffentlichen Debatte hauptsächlich mit der grünen Partei und dem damaligen Wirtschaftsminister Robert Habeck in Verbindung gebracht. Jedoch zeigen repräsentative Umfragen, dass die Zufriedenheit mit der gesamten Regierungskoalition über den Zeitraum der intensiv geführten Debatten zum GEG von Januar bis Juni 2023 deutlich abnahm. Während die Zufriedenheit mit dem Spitzenpersonal aller Koalitionspartner insgesamt zurückging, sanken Habecks Beliebtheitswerte am stärksten. Diese Entwicklungen ließen viele Analyst/innen in Medien und Wissenschaft zu dem Schluss kommen, dass die negative Berichterstattung um die Novellierung des GEG hauptsächlich den Grünen geschadet hat. Deren Beliebtheitswerte sanken, was auch als Erklärung für die Verluste der Grünen bei den letzten Landtagswahlen sowie der Bundestagswahl 2025 dient.

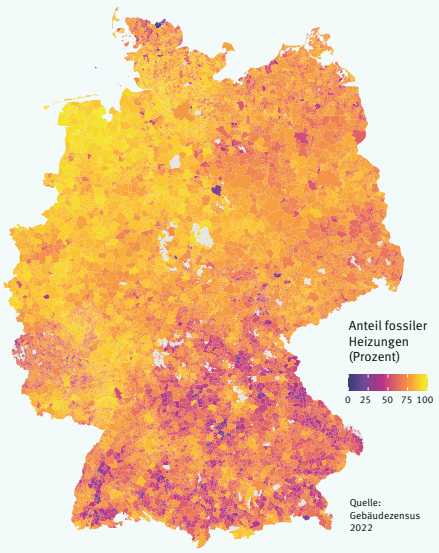
Verloren die Grünen Wählerstimmen?

In dieser Kurzanalyse testen wir die Hypothese, ob insbesondere die Grünen aufgrund der GEG-Novellierung Wählerstimmen verloren haben. Sie betrachtet den Zusammenhang von Änderungen in Stimmanteilen (Zweitstimmen) zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich zu 2021 mit dem Anteil fossiler, also nicht GEG-konformer Heizungen auf Gemeindeebene für die sechs größten Parteien im Bundestag. Wir erfassen also auf Gemeindeebene, basierend auf aggregierten Wahl- und Energieträgerdaten, wie eine größere Betroffenheit der Wählenden durch das GEG mit Änderungen in den Stimmanteilen der Parteien zusammenhängt.

Die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)

In Deutschland ist der Gebäudesektor für rund 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.[2] Die Emissionsreduktionen ergeben sich nur langsam, so dass der Sektor seit 2020 jedes Jahr die im Klimaschutzgesetz angestrebten Reduktionen verfehlt hat. 2022 wurden 79 Prozent der Gebäude mit Wohnraum in Deutschland fossil beheizt.[3] Ziel des GEG ist die Festschreibung von Regeln um einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele für den Gebäudesektor zu leisten. Am 8. September 2023 beschloss der Bundestag eine umfassende Novellierung des GEG, die beim Einbau einer neuen Heizungsanlage zukünftig einen Anteil von 65 Prozent an Heizenergie aus erneuerbaren Quellen vorschreibt. Für Neubauten in Neubaugebieten galt diese Regelung bereits seit Anfang 2024. Für Bestandsgebäude und andere Neubauten wird die Regelung spätestens zwischen 2026 und 2028 in Kraft treten, abhängig vom Abschluss der Wärmeplanung in den Gemeinden.

ABBILDUNG 1: ANTEIL FOSSILER HEIZUNGEN AUF GEMEINDEEBENE



ERGEBNISSE

Grüne und SPD verloren Stimmen in den alten, aber nicht in den neuen Bundesländern

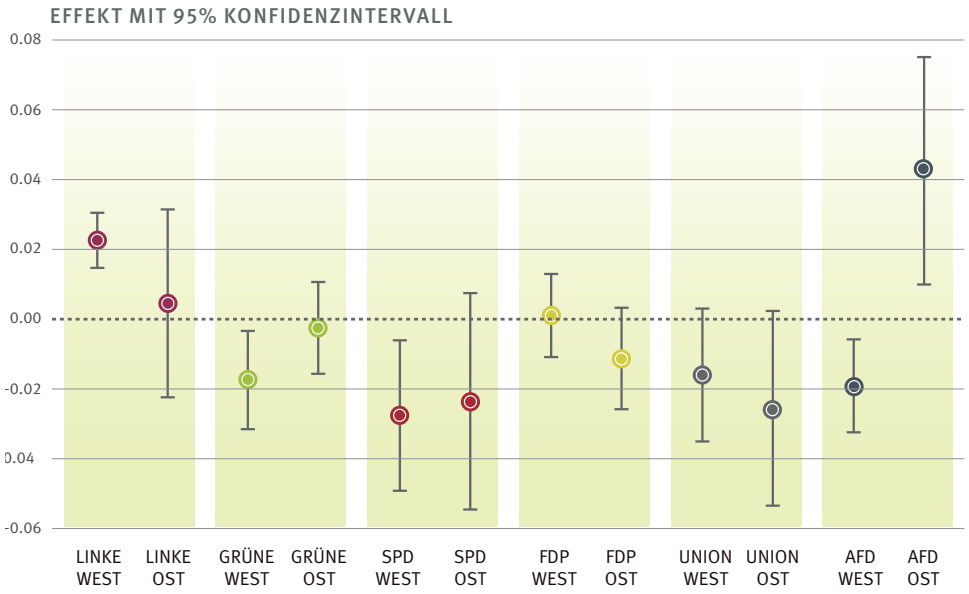
Zentrales Ergebnis ist, dass sowohl die Grünen als auch die SPD in Gemeinden in den alten Bundesländern mit höherem Anteil an fossilen Heizungen Stimmen verloren, aber auch die AfD verlor. Die Linke gewann in diesen Gemeinden, während sich für Union und FDP keine Änderung ergab. Die mit dem Energieträger verbundenen Veränderungen in den Stimmanteilen reichen von + 0.02 Prozentpunkten für die Linke bis hin zu – 0.03 Prozentpunkten für die SPD bei einem Anstieg von einem Prozentpunkt im Anteil fossiler nicht GEG-konformer Heizungen (Abb. 2). In den neuen Bundesländern profitierte die AfD, während sich für die restlichen Parteien keine statistisch signifikanten Änderungen in den Stimmanteilen ergaben.

Effektgrößen sind klein

Die geschätzten Effekte sind klein im Verhältnis zu den absoluten Änderungen in den Stimmanteilen der Parteien. Für die SPD machen die Effekte rund zwei Prozent der nach Bevölkerung gewichteten Standardabweichung, einem statistischen Maß für die Variation in den Datenpunkten, aus. Für die AfD ist es in Ostdeutschland rund 1 Prozent. Alle weiteren geschätzten Effekte sind relativ noch kleiner.

Zur Einordnung der Effektgrößen berechnen wir auch den Unterschied in der Änderung der Stimmanteile für Gemeinden mit einem im Schnitt geringen Anteil gegenüber denen mit einem hohen Anteil fossiler Heizungen. Für westdeutsche Gemeinden mit einem im Bundesschnitt geringen Anteil gegenüber denen mit einem hohen Anteil fossiler Heizungen beträgt die Änderung in den Stimmanteilen im Schnitt + 0.4 Prozentpunkte bei der Linken, - 0.5 Prozentpunkte bei der SPD, - 0.4 bei der AfD und - 0.3 bei den Grünen.[4] Für ostdeutsche Gemeinden ergibt sich ein Unterschied in der Änderung der Stimmanteile von + 0.4 Prozentpunkten für die AfD zwischen Gemeinden mit einem im Schnitt geringen Anteil gegenüber denen mit einem hohen Anteil fossiler Heizungen.[5]

ABBILDUNG 2: ZUSAMMENHANG EINER ÄNDERUNG DER STIMMANTEILE BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2025 ZU 2021 MIT DEM ANTEIL FOSSILER HEIZUNGEN AUF GEMEINDEEBENE



Jeder Koeffizient stammt aus einer separaten Regression und stellt den Effekt eines um ein Prozentpunkt höheren Anteils fossiler Heizungen auf Gemeindeebene auf die Änderung in den Wahlergebnissen von der Bundestagswahl 2021 zu 2025 in Prozentpunkten dar. Die Striche bilden das 95%-Konfidenzintervall.

Schlechtes Wahlergebnis der Grünen hat andere Gründe

Insgesamt scheinen sich die Stimmverluste der Grünen von durch die GEG-Novellierung betroffenen Wähler/innen in Grenzen zu halten. Obwohl die Beliebtheitswerte der Grünen während der Hochzeit der Debatten im Frühjahr und Sommer stark litten, zeigen die Ergebnisse, dass dieser Effekt eher kurzfristig war. Die Verluste in den Stimmanteilen bei der Bundestagswahl 2025 lassen sich nicht auf die Betroffenheit von Hauseigentümer/innen durch das Gesetz zurückführen. Interessanterweise sind die Verluste für die SPD, die auch Teil der Ampelkoalition war, höher als die der Grünen, während die FDP nicht betroffen ist. Jedoch sind die geschätzten Effektgrößen moderat relativ zu den absoluten Änderungen in den Stimmanteilen seit 2021. Dies lässt vermuten, dass andere Themen eine größere Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt haben dürften. Unabhängig von der Verbreitung fossiler Heizungen könnte die allgemeine Debatte und der Stil, in der sie geführt wurde, den Parteien geschadet haben. Dies kann die vorliegende Analyse jedoch nicht beantworten.

Die Effektgrößen sind für alle Parteien moderat

DATEN UND METHODIK

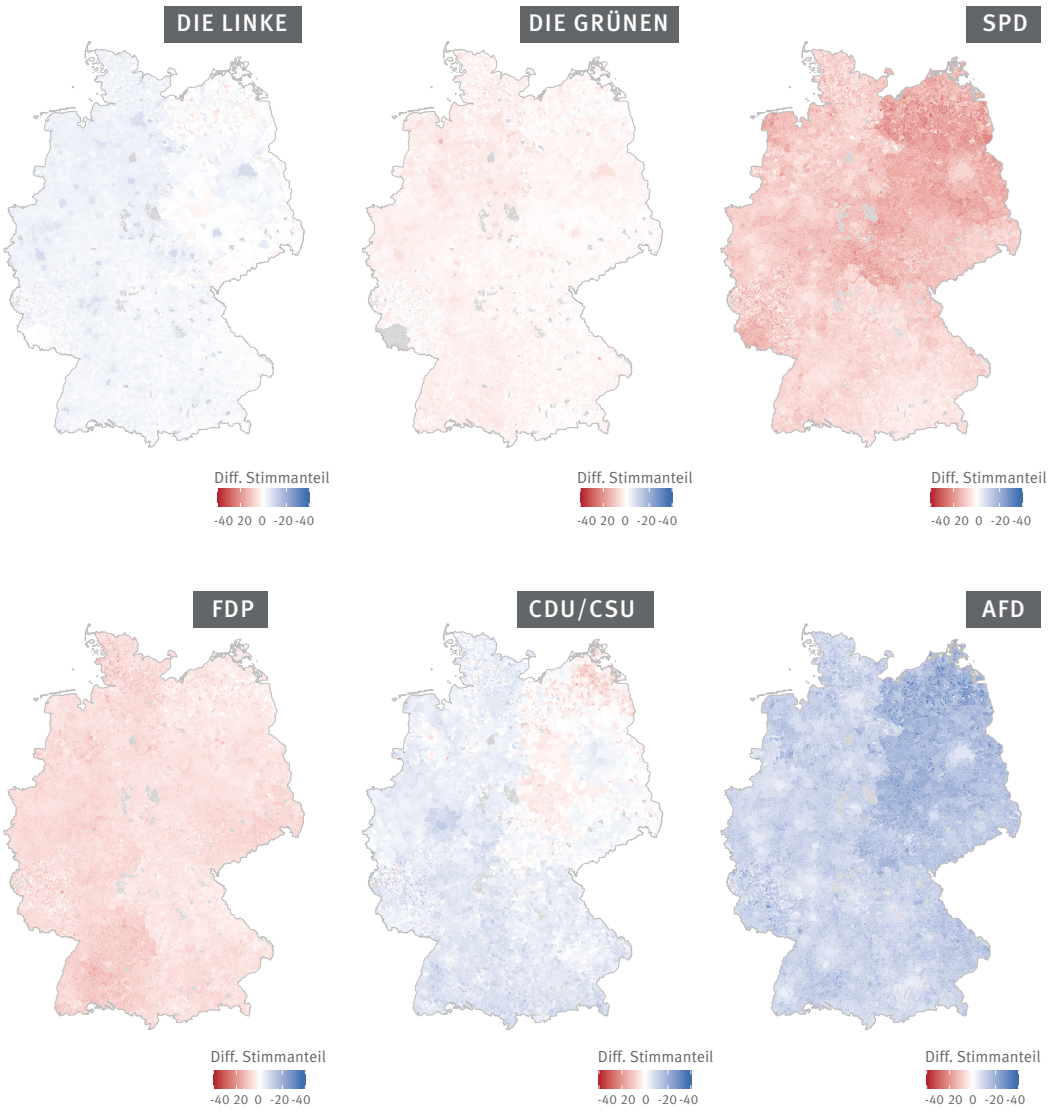
Die Analyse findet auf Gemeindeebene statt

Die Analyse nutzt Daten des Gebäudezensus zum Anteil fossiler Heizungen sowie Daten zu Zweitstimmanteilen der Parteien bei den Bundestagswahlen 2021 und 2025, jeweils auf Gemeindeebene. Als Teil des Zensus 2022 wurde zum Stichtag am 15. Mai der Energieträger der Heizungen aller Gebäude in Deutschland ermittelt. Zum Zweck der Analyse fassen wir alle fossilen Heizungen auf Gemeindeebene zusammen, die mit Gas, Öl oder Kohle betrieben werden und somit nicht konform mit dem novellierten GEG sind. Daraus berechnen wir den prozentualen Anteil an der Gesamtzahl an Anlagen.[6]

Zur Betrachtung der Änderungen in den Stimmanteilen der teilnehmenden Parteien zwischen den Bundestagswahlen 2021 und 2025 verwenden wir Daten zu den abgegebenen Zweitstimmen für die sechs Parteien, die es 2025 in den Bundestag geschafft haben (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP,

Linke und AfD). Diese wurden von IPPEN.Media zusammengetragen und auf Gemeindeebene bereitgestellt. Wir berechnen auf Gemeindeebene die Änderung in den Stimmanteilen für jede Partei.[7] Um für andere Faktoren zu kontrollieren, die ebenfalls mit dem Anteil an fossilen Heizungen und einer Änderung in den Stimmanteilen der Parteien zusammenhängen könnten, ziehen wir weitere Daten aus dem Gebäudezensus, Mikrozensus und der INKAR Datenbank heran.[8]
Wir ergänzen diese Daten mit der Anzahl an gestellten Förderanträgen auf Gemeindeebene als Teil von verschiedenen Förderinstrumenten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für die Installation von Heizanlagen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden.[9] Wir schätzen für jede Partei separat anhand eines einfachen Modells den Zusammenhang zwischen der Änderung in den Stimmanteilen und Charakteristika der Gemeinde.[9] Die Schätzungen sind gewichtet nach der Größe der wahlberechtigten Bevölkerung in den Gemeinden.[10]

ABBILDUNG 3: ÄNDERUNG IN DEN ZWEITSTIMMANTEILEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025 VERSUS 2021 AUF GEMEINDEEBENE



Quelle: IPPEN.Media

DISKUSSION

Parteien an den Rändern profitierten

Zentrales Ergebnis der Analyse ist, dass die Koalitionspartner Grüne und SPD in West-Gemeinden mit einem höheren Anteil fossiler Heizungen Stimmen verloren, während die Parteien an den Rändern profitierten – die Linke in West- und die AfD in Ostdeutschland. Die FDP verlor keine Stimmen, ihre starke regierungsinterne Opposition gegen die Novellierung brachte ihnen aber auch keine Gewinne ein. Für die Union änderten sich die Stimmanteile nicht signifikant, obwohl diese in der Opposition, genauso wie Linke und AfD, das Gesetz scharf kritisierte. In Westdeutschland war insbesondere für die SPD ein höherer Anteil fossiler Heizungen mit Verlusten in den Stimmanteilen verbunden, während die Verluste für die Grünen etwas geringer ausfielen. In den ostdeutschen Bundesländern gab es keine signifikanten Verluste für die betrachteten Parteien. Die räumliche Verteilung der Änderungen in den Stimmanteilen ist in Abbildung 3 dargestellt.

Kaum Evidenz für Hypothese

Insgesamt sind die geschätzten Effekte eher moderat verglichen mit der Größe der absoluten Stimmänderungen. Für die Hypothese, dass die Grünen wegen der Novellierung des GEGs durch betroffene Hauseigentümer/innen Stimmen verloren, findet sich nur geringe Evidenz. Die Verluste für die SPD fallen zwar etwas größer aus, aber auch hier sind die Effektgrößen moderat – ein Anhaltspunkt dafür, dass andere Themen in der Wahlentscheidung eine prominentere Rolle spielten als die GEG-Novellierung.

Sozio-demographische Variablen erklären nur einen Teil der Veränderungen in den Stimmanteilen

Die Regressionsergebnisse einschließlich demografischer Kontrollvariablen finden sich in Tabelle 1 für die westdeutschen Gemeinden und in Tabelle 2 für die ostdeutschen Gemeinden.

Interessant ist auch der Erklärgehalt (R2) der demographischen Kontrollvariablen im statistischen Modell. Der Erklärgehalt beschreibt den Anteil an Variation in den Änderungen der Stimmanteile, der durch die Kontrollvariablen erklärt werden kann und liegt in unseren Analysen zwischen 29 und 79 Prozent: Demographische Kontrollvariablen erklären statistisch die Stimmänderungen am wenigsten bei FDP (und den Grünen in Westdeutschland) und am meisten bei den Linken. In den ostdeutschen Bundesländern haben die demographischen Variablen mehr statistischen Erklärgehalt über alle Parteien hinweg, außer für die Linken. Aus den Tabellen wird ersichtlich, dass neben den baulichen Charakteristika der Häuser wie der Art der Heizungsanlage und dem Baujahr sozio-ökonomische Faktoren wie der Anteil von Mietenden, Einkommen, Bevölkerungsdichte, Arbeitslosigkeit, Beschäftigung in der Industrie, Migration und die Altersstruktur der Gemeinden eine wesentliche Rolle bei den Änderungen in den Stimmanteilen spielen.

TABELLE 1: REGRESSION DES ANTEILS FOSSILER HEIZUNGEN AUF DIE ÄNDERUNG IN DEN STIMMANTEILEN AUF GEMEINDEEBENE MIT KONTROLLVARIABLEN, OSTDEUTSCHLAND

Änderung Stimmanteil	Linke	Grüne	SPD	CDU/CSU	FDP	AfD
Konstante	-22.804*	-1.376	-0.278	23.561*	-7.206	2.617
	(10.964)	(5.975)	(8.941)	(10.549)	(5.450)	(12.091)
Anteil fossiler Heizungen	0.005	-0.003	-0.024	-0.026	-0.011	0.043*
	(0.014)	(0.007)	(0.016)	(0.014)	(0.007)	(0.017)
Förderanträge 2022-2023	1.674*	-0.210	-0.264	0.050	0.267	-0.513
	(0.641)	(0.244)	(0.751)	(0.625)	(0.356)	(0.629)
Anteil Baujahr vor 1919	0.029	-0.018*	0.109***	0.034	-0.045***	-0.069***
	(0.018)	(0.007)	(0.019)	(0.022)	(0.008)	(0.017)
Anteil Baujahr 1919-49	0.035	-0.022**	0.086***	0.057**	-0.037***	-0.087***
	(0.022)	(0.008)	(0.022)	(0.021)	(0.008)	(0.021)
Anteil Baujahr 1980-2009	0.035*	-0.019*	0.110***	0.109***	-0.076***	-0.133***
	(0.017)	(0.009)	(0.022)	(0.021)	(0.009)	(0.021)
Anteil Baujahr ab 2010	0.029	-0.053	0.189***	0.123**	-0.046*	-0.132**
	(0.031)	(0.030)	(0.034)	(0.038)	(0.022)	(0.038)
Anteil Mieter	0.018**	-0.012***	-0.037	0.038***	0.011***	-0.021**
	(0.006)	(0.003)	(0.007)	(0.005)	(0.003)	(0.006)
Mittleres Haushalts-einkommen	-6.121	3.460	1.597	-0.977	-4.408**	-0.538
	(3.714)	(2.205)	(2.888)	(2.980)	(1.407)	(3.540)
Bevölkerungsdichte	-0.002	0.011	0.204***	0.055	-0.087***	-0.129*
	(0.049)	(0.027)	(0.036)	(0.035)	(0.022)	(0.055)
Anteil Arbeitslose	-0.239	0.149*	0.077	-0.808***	-0.166*	0.401*
	(0.174)	(0.068)	(0.175)	(0.160)	(0.079)	(0.162)
Anteil Beschäftigte Industrie	-0.040	0.049**	0.074*	0.023	-0.058	-0.020
	(0.041)	(0.016)	(0.032)	(0.031)	(0.014)	(0.038)
Anteil mit Migrations-hintergrund	-0.244	-0.069	-0.003	0.614**	0.162	-0.282
	(0.211)	(0.073)	(0.220)	(0.186)	(0.090)	(0.221)
Wachstum Schutz-suchende 2021-23	0.001	0.002	0.009**	-0.006	-0.004*	-0.002
	(0.003)	(0.001)	(0.003)	(0.004)	(0.002)	(0.003)
Anteil Alter unter 18	-0.010	0.154	0.858***	0.155	-0.253**	-0.379
	(0.215)	(0.140)	(0.184)	(0.252)	(0.079)	(0.210)
Anteil Alter 18-29	0.791***	-0.214	-0.494**	-0.428	0.193*	0.169
	(0.251)	(0.116)	(0.185)	(0.239)	(0.097)	(0.298)
Anteil Alter 30-49	0.618***	-0.113	-0.395***	-0.519**	0.215***	0.271
	(0.174)	(0.088)	(0.113)	(0.195)	(0.062)	(0.194)
Anteil Alter 50-64	0.545***	-0.163**	-1.058***	-0.428*	0.539***	0.748***
	(0.153)	(0.057)	(0.159)	(0.181)	(0.085)	(0.165)
Beobachtungen	1605	1599	1606	1606	1606	1606
R2	0.742	0.711	0.673	0.590	0.519	0.734

TABELLE 2: REGRESSION DES ANTEILS FOSSILER HEIZUNGEN AUF DIE ÄNDERUNG IN DEN STIMMANTEILEN AUF GEMEINDEEBENE MIT KONTROLLVARIABLEN, WESTDEUTSCHLAND

Änderung Stimmanteil	Linke	Grüne	SPD	CDU/CSU	FDP	AfD
Konstante	-8.688	4.979	-30.908***	8.771	-4.941	32.302***
	(6.491)	(6.612)	(8.789)	(8.070)	(5.353)	(7.159)
Anteil fossiler	0.023***	-0.017*	-0.028*	-0.016	0.001	-0.019**
Heizungen	(0.004)	(0.007)	(0.011)	(0.010)	(0.006)	(0.007)
Förderanträge 2022-2023	0.408	1.476***	0.313	-0.355	-0.687	-0.401
	(0.294)	(0.401)	(0.732)	(0.548)	(0.352)	(0.543)
Anteil Baujahr vor 1919	0.003	0.006	-0.021	0.011	-0.007	0.018
	(0.011)	(0.014)	(0.016)	(0.016)	(0.010)	(0.015)
Anteil Baujahr 1919-49	0.009	-0.032	-0.078**	-0.023	-0.048**	0.066*
	(0.016)	(0.022)	(0.027)	(0.024)	(0.018)	(0.026)
Anteil Baujahr 1980-2009	-0.016	-0.003	0.000	-0.006	-0.020*	0.022
	(0.010)	(0.011)	(0.015)	(0.012)	(0.009)	(0.012)
Anteil Baujahr ab 2010	-0.008	-0.009	0.049*	-0.002	-0.033**	0.056*
	(0.010)	(0.020)	(0.021)	(0.026)	(0.012)	(0.022)
Anteil Mieter	0.057***	-0.033***	0.050***	-0.024**	0.012	-0.056***
	(0.008)	(0.008)	(0.013)	(0.008)	(0.007)	(0.012)
MIttleres Haushalts-	-1.185*	1.236*	3.846***	2.709***	-2.252***	-3.315***
einkommen	(0.516)	(0.527)	(0.772)	(0.567)	(0.507)	(0.863)
Bevölkerungsdichte	0.003	0.001	0.001	-0.033	0.033*	-0.028
	(0.022)	(0.021)	(0.032)	(0.019)	(0.014)	(0.035)
Anteil Arbeitslose	0.086	-0.058	-0.178*	-0.155*	0.115*	0.079
	(0.069)	(0.072)	(0.085)	(0.071)	(0.049)	(0.065)
Anteil Beschäftigte	-0.030***	0.015	-0.010	-0.005	-0.003	0.062***
Industrie	(0.006)	(0.012)	(0.012)	(0.014)	(0.009)	(0.010)
Anteil mit Migrations-	-0.039***	0.009	0.017	0.045*	-0.134***	0.044**
hintergrund	(0.010)	(0.015)	(0.018)	(0.019)	(0.016)	(0.016)
Wachstum Schutz-	0.000	0.002	0.005	-0.006	0.004	0.008*
suchende 2021-23	(0.002)	(0.003)	(0.003)	(0.004)	(0.004)	(0.004)
Anteil Alter unter 18	0.145*	-0.205*	0.084	-0.094	-0.077	-0.065
	(0.060)	(0.095)	(0.097)	(0.104)	(0.070)	(0.092)
Anteil Alter 18-29	0.190*	-0.144	0.373**	-0.184	0.102	-0.343**
	(0.075)	(0.089)	(0.116)	(0.105)	(0.074)	(0.108)
Anteil Alter 30-49	0.250*	-0.031	0.233	0.044	0.162*	-0.335**
	(0.107)	(0.113)	(0.127)	(0.114)	(0.064)	(0.109)
Anteil Alter 50-64	0.024	-0.064	0.121	-0.127	0.029	-0.074
	-8.688	4.979	-30.908	8.771	-4.941	32.302
Beobachtungen	8195	8184	8197	8197	8196	8197
R2	0.793	0.406	0.524	0.289	0.400	0.556

1 Siehe Jost und Mack (2024) für eine Analyse der Berichterstattung in den deutschen Medien, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/04/240418_DPZ_Studie_Aufgeheizte-Debatte.pdf
2 Umweltbundesamt (2024), https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11867/dokumente/emissionsdaten_2024_-_pressehintergrundinformationen.pdf
3 Gebäudezensus Destatis (2022), https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/3000G/table/3000G-1008
4 Wir berechnen den Unterschied in den Stimmanteilen zwischen einer Gemeinde mit einem Anteil von 66 Prozent fossilen Heizungen (25te Perzentile) und einer Gemeinde mit 83 Prozent (75te Perzentile).
5 Wir verwenden den Unterschied im Anteil fossiler Heizungen zwischen der 25ten (70 Prozent) und 75ten Perzentile (80 Prozent) der ostdeutschen Gemeinden.
6 Durch das vom Statistischen Bundesamt zum Datenschutz eingesetzte Cell-Key-Verfahren sind die Daten zur Anzahl der Heizungsanlagen leicht verändert worden. Im Aggregat wirken sich die Änderungen nicht auf unsere Ergebnisse aus. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2024/06/geheimhaltung-cell-key-methode-zensus-062024.pdf?__blob=publicationFile
7 Da Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2021 im Saarland nicht antraten, können wir für diese Gemeinden für die Grünen keine Änderung im Stimmanteil berechnen.
8 Um für andere Faktoren zu kontrollieren, die ebenfalls mit dem Anteil an fossilen Heizungen und einer Änderung in den Stimmanteilen der Parteien zusammenhängen könnten, ziehen wir weitere Daten aus dem Gebäudezensus 2022 zum Baujahr und zur Nutzung (vermietet oder eigengenutzt) von Gebäuden hinzu. Aus dem Mikrozensus verwenden wir Daten bezüglich des Anteils an Einwohner/innen mit Migrationshintergrund (2022) sowie die Wachstumsrate der Anzahl Schutzsuchender (Differenz zwischen 2021 und 2023), jeweils auf Kreisebene. Außerdem ziehen wir Daten aus der INKAR Datenbank zu Bevölkerungsdichte (2022), Arbeitslosigkeit (2021), mittlerem Haushaltseinkommen (2021), dem Anteil an Beschäftigten in der Industrie (2021) sowie der Altersstruktur (2022) auf Kreisebene heran.
9 Wir kontrollieren für die Anzahl an gestellten Anträgen pro Heizung im Zeitraum 2022 bis 2023, die vollständig in die Legislaturperiode der Ampelkoalition fallen, jeweils auf Gemeindeebene. Berücksichtigtes Förderinstrument ist die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) in 2022 und 2023.
10 Wir kontrollieren für alle oben genannten Variablen und berücksichtigen eventuelle räumliche Korrelation in den Stimmen durch Clustern der Standardfehler auf Kreisebene.
11 Als Proxy für die wahlberechtigte Bevölkerung verwenden wir die Gesamtanzahl an Einwohner/innen einer Gemeinde und subtrahieren die Anzahl an Einwohner/innen mit einem Alter unter 18 Jahren.

//

Impressum

Autoren: Bettina Chlond (ZEW), Kathrine von Graevenitz (ZEW)

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · x.com/zew

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Kaufmännische Geschäftsführerin: Claudia von Schuttenbach

Redaktionelle Verantwortung: Bastian Thüne · bastian.thuene@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

ZEW

Leibniz Gemeinschaft